

"Der Einheit eine Gasse" in Frankfurter Allgemeine Zeitung (12. Februar 1990)

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 12.02.1990, Nr. 36. Frankfurt/Main.

Urheberrecht: (c) Frankfurter Allgemeine Zeitung

All rights reserved. Provided by Frankfurter Allgemeine archiv.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"der_einheit_eine_gasse"_in_frankfurter_allgemeine_zeitung_12_februar_1990-de-a6d3bdee-c4a5-4fad-ae0c-0ee791ca6156.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 17/09/2012

Der Einheit eine Gasse

Unter den vielen historischen Tagen der letzten Monate war es wohl der historischste: Moskau hat den Weg zur Vereinigung der seit viereinhalb Jahrzehnten getrennten Teile Deutschlands freigegeben. Noch liegen die Modalitäten nicht endgültig fest, noch ist der politische und militärische Status der künftigen Republik Deutschland nicht bestimmt. Aber der Bundeskanzler, der in die Geschichte als Kanzler der Wiedervereinigung eingehen wird, hat seine Stunde genutzt: Das Tor zur deutschen Einheit ist weit aufgestoßen.

Die Welt hat in den letzten Wochen begriffen, daß die Bundesregierung in der deutschen Frage nicht Treibender, sondern Getriebener ist, daß die Entwicklung in der DDR unaufhaltsam einer Katastrophe entgegensteuert, wenn nicht umgehend etwas geschieht. Nur so ist es zu erklären, daß der vernehmliche Widerspruch der vier Siegermächte vom Dezember, der sich gegen jeden Gedanken an eine künftige Vereinigung stemmte, inzwischen weitgehend verstummt ist. Letztlich war es wieder einmal Gorbatschow, der Kündiger eines neuen Zeitalters, das die Menschheit hoffen läßt, der dieses Umdenken in Gang gesetzt hat. Aber auch in Amerika und Frankreich haben sich die alten Freunde der Bundesrepublik in den letzten Wochen zunehmend deutlicher hinter die Position der Bundesregierung gestellt.

Wohl ist wahr: Die Hoffnung, die sich für viele Deutsche in der DDR, die auf gepackten Koffern sitzen, mit der Öffnung von Moskau verbindet, kann nicht auf eine lange Geduldsprobe gestellt werden. Aber es ist auch richtig, daß zunächst über den politischen und militärischen Status eines künftigen Gesamtdeutschlands mit den vier Siegermächten gesprochen werden muß. Noch besteht ein Dissens zwischen der westdeutsch-amerikanischen und der ostdeutsch-sowjetischen Position. Die Sowjetunion hat zwar den Zeitpunkt und den Weg zur Wiedervereinigung zur ausschließlichen Sache der Deutschen erklärt, aber daran Erwartungen geknüpft, die den politischen Status eines vereinten Deutschlands nachhaltig verändern würden.

Hier hilft nur geduldiges Verhandeln. Die Interessen der Nachbarn mögen in der Skepsis gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland zusammenfließen; darauf ist Bedacht zu nehmen. Aber die Interessen divergieren, wenn es um den politischen Status eines vereinigten Deutschlands geht. Die sowjetische Forderung nach Neutralität — sie sagen jetzt Bündnisfreiheit — wird anderwärts eher als Bedrohung empfunden, und ebendeshalb scheint sie auch in Moskau nicht mit übermäßigem Nachdruck verfolgt zu werden.

Deshalb sollte für die Sowjetunion der Vorschlag des deutschen Außenministers annehmbar sein, Deutschland in Bindungen der Nato zu belassen, vielleicht mit einem modifizierten Status und gewiß mit einer Präsenz westlicher Streitkräfte, die an der alten innerdeutschen Grenze endet. Daraus könnte die Sowjetunion zwei Vorteile ziehen: erstens die Gewähr stabiler Verhältnisse in Mitteleuropa, zweitens eine zumindest moralische Verpflichtung des neuen Deutschlands, im Ost-West-Verhältnis als Bindeglied und Partner zu fungieren. Das alles ist eng verknüpft mit dem Fortgang des Abrüstungsprozesses.

Solche Überlegungen sind als Elemente eines tragfähigen Kompromisses denkbar und vernünftig. Eine Grenzgarantie sollte den Ausgleich krönen, und sie sollte es endgültig überflüssig machen, fünfundvierzig Jahre nach Kriegsende die Idee eines Friedensvertrages noch weiter zu verfolgen.

Soviel zu den äußeren Bedingungen des deutschen Einigungsprozesses. Die inneren, nunmehr ausschließlich in deutsche Hände gegebenen verlangen ein ebenso delikates Vorgehen. Hier werden sich Augenmaß und Realitätssinn des Bundeskanzlers abermals zu bewähren haben. Ungeachtet des ungeheuren Drucks, der auf der Operation Wiedervereinigung lastet, darf nicht der Eindruck einer schlichten Vereinnahmung der DDR entstehen.

In dieser Beziehung besteht drüben eine hohe Empfindlichkeit. Die Deutschen in der DDR wollen selbst über ihr Schicksal bestimmen, wobei für die erdrückende Mehrheit heute außer Frage steht, daß die Zukunft nur einem gesamtdeutschen Staat gehört. Aber sie wollen wissen, unter welchen Bedingungen die Verschmelzung stattfinden soll, wobei weniger die staatsrechtlichen als die ökonomischen und sozialen Kategorien interessieren.

Beide Seiten werden Opfer bringen müssen, die Bundesrepublik als der Stärkere mehr als jener dahinschmelzende Rest, der ökonomisch von der DDR noch übriggeblieben ist. Es muß rasch überlegt und gründlich geholfen werden. Ein nationales Opfer, in welcher Form auch immer, steht auf der Tagesordnung. Die Finanzierung des Notwendigen über Haushaltsdefizite reicht nicht aus. Gewiß soll die Masse des Aufbaukapitals aus privaten Quellen fließen. Aber die verdorbene Umwelt und die verschlissene Infrastruktur zu reparieren ist eine staatliche Aufgabe.

Blutabfluß hier und Arbeitslosigkeit dort zeichnen sich angesichts der verkommenen Wirtschaft in der DDR als deutsche Erschwernisse mindestens vorübergehend ab. Währungsunion und Währungsreform, Einheit und Wiederaufbau: alles muß den Anforderungen einer sozialverpflichteten Marktwirtschaft genügen. Daraus resultiert die Aufgabe, vor der deutsche Politik von morgen an steht und deren Erfüllung unsere Landsleute erwarten: die Chancen, Risiken und Opfer der Wiedervereinigung gerecht zu verteilen.

Fritz Ulrich Fack